

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Wolfgang Irschik, Anton Mahdalik und Stefan Berger betreffend „Radwege nicht zu Lasten des MIVs“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 28. April 2021 zu Post 31

Die Präsentation der Pläne für neue Radverkehrsanlagen in Wien wurde mit unvergleichlicher Spannung erwartet. Die von der Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität postulierte Zusammenarbeit mit den Bezirken, die künftig auf Kooperation statt auf Konfrontation basieren soll, müsste jedoch alle Gruppen von Verkehrsteilnehmern umfassen, um nicht wie in den vergangenen Jahren massive Schieflagen auf dem Weg zur Zielerreichung zu riskieren.

Bei der Präsentation stellte der SPÖ Bezirksvorsteher aus Donaustadt unmissverständlich fest, dass ihm Radwege sehr wohl ein Anliegen sind, diese aber nicht zu einer Behinderung des motorisierten Individualverkehrs (MIV) führen dürfen.

Dieser faire und pragmatische Zugang sollte seitens der zuständigen Stadträtin auch bei der Planung und Realisierung neuer Radverkehrsanlagen in anderen Bezirken gepflegt werden, um Nachteile für Anrainer und Wirtschaftstreibende hintanzuhalten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass bei Planung und Realisierung neuer Radverkehrsanlagen Verschlechterungen für den motorisierte Individualverkehr (MIV) hinsichtlich Leichtigkeit- und Flüssigkeit sowie Stellplatzsituation hintangehalten werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.

*(Handwritten signatures)*

MAGISTRATSDIREKTION  
DER STADT WIEN  
abgelehnt  
Eing.: 28. APR. 2021  
FG/L-525960-2021-KFP/GAT  
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
Landesregierung und Stadtsenat